



NIEDERSCHRIFT

über die 22. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 27.09.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:50



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold ab 17.12 Uhr TOP 2 ö.S.

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals bis 18.15 Uhr TOP 8 ö.S.

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll ab 17.39 Uhr TOP 7 ö.S.

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm ab 17.40 Uhr TOP 7 ö.S.

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Claus Eisenstein (Jugendamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Peter Kaiser (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Mirko Bahm (Leiter Pressestelle)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Dr. Guido Gehendges (Geschäftsführer Klinikum Landau/Südl. Weinstraße)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Theo Kautzmann



Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel

FWG

Wolfgang Gauer

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende begrüßte Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 b des Eduard-Spranger-Gymnasiums, die als Zuhörer im Rahmen des Unterrichts an der Stadtratssitzung teilnahmen.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung um den Punkt „Neubesetzung des Schulträgerausschusses“ zu ergänzen. Damit könne man dann für eine schnelle Neubesetzung aufgrund des Ausscheidens einer Elternvertreterin sorgen. Die Vorlage solle als Punkt 6 im öffentlichen Teil behandelt werden. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung von Prof. Dr. Güllich, TU Kaiserslautern
Vorlage: 101/124/2011
3. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erweiterung der Homepage um ein Bürgerinformationssystem
Vorlage: 101/126/2011
4. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Willi Klag
Vorlage: 100/047/2011
5. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Hans und Inge Blattmann
Vorlage: 100/049/2011
6. Neubesetzung des Schulträgerausschusses
Vorlage: 101/127/2011
7. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau
Vorlage: 240/025/2011
- 7.1. 1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2011
Vorlage: 820/053/2011
8. Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über Abrechnungszeitraum und Fälligkeit öffentlicher Abgaben
Vorlage: 300/044/2011
9. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem EWL über die Durchführung von Verfahren



nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Vorlage: 300/045/2011

10. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem EWL über die Durchführung von Widerspruchsverfahren
Vorlage: 300/046/2011
11. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Gehwege, Straßenoberflächenentwässerung und Straßenbeleuchtung im Bereich der Verkehrsanlage Rheinstraße / Marienring / Schloßstraße in Landau in der Pfalz
Vorlage: 600/044/2011
12. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Bereich der Verkehrsanlage Staubgasse im Stadtteil Arzheim
Vorlage: 600/045/2011
13. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Mörzheimer Hauptstraße / Heuchelheimer Straße (L 510)
Vorlage: 600/046/2011
14. Umbau der Anschlussstelle A65 Landau-Mitte, Kreisel-West und Herstellung einer neuen Verbindungsstraße zur Otto-Hahn-Straße
Vorlage: 620/003/2011
15. Einführung des Mieter-Vermieter-Verhältnisses
Vorlage: 820/056/2011
16. Tiefgarage unter dem Quartiersplatz im Wohnpark Ebenberg
Vorlage: 820/057/2011
17. Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messengelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)
Vorlage: 860/103/2011
18. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung von Prof. Dr. Güllich, TU Kaiserslautern

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. September 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Ludwig begründete den Antrag. Bevor man eine Entscheidung über die Zukunft der Sporthallen treffe, würde es sich anbieten Herrn Professor Dr. Güllich als Experten zu hören. Man erwarte sich davon Aussagen über die demographische Entwicklung und Prognosen über das zukünftige Freizeitverhalten von jungen Menschen und deren Bereitschaft, sich in Vereinen zu engagieren. Dies sei auch ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Vereine. Es gehe letztlich darum, wie sich das Freizeitverhalten der Jugend ändert.

Der Vorsitzende stellte fest, dass nach § 35 Absatz 2 GemO die Fraktion die Möglichkeit habe, eine Anhörung zu beantragen, da sie mehr als ein Viertel des Stadtrates stelle. Von daher müsse man dies eigentlich auch nicht abstimmen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es ja immer toll sei, wenn man Experten höre. Allerdings erschließe sich ihm die Kausalität zur Sporthallendiskussion nicht. Es sei interessant, Herrn Prof. Güllich im Bezug auf das veränderte Freizeitverhalten zu hören. Dies sei aber nicht von aktuell hoher Bedeutung. Im Moment mache der Landessportbund in Zusammenarbeit mit der Universität Saarbrücken in Neustadt eine Untersuchung zur Belegung der Hallen, zum Bedarf und eine Bedarfsdarstellung. In Koblenz habe dies zu einem guten Ergebnis geführt. Er beantrage daher für die CDU-Stadtratsfraktion zu dieser Anhörung auch den Geschäftsführer des Sportbundes Pfalz einzuladen. Im übrigen stimme man dem Antrag zu.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Anhörung in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. November 2011 erfolgen werde. Hierzu werde man den Mitgliedern des Sportausschusses, des Sportstättenbeirates und des Werksausschusses GML die Möglichkeit geben, an der Anhörung teilzunehmen. Es werde ausdrücklich keine gemeinsame Sitzung sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

eine Anhörung zum Thema „Zukünftiges Freizeitverhalten von Jugendlichen“. Zu der Anhörung sollen Herr Prof. Güllich von der TU Kaiserslautern und der Geschäftsführer des Sportbundes Pfalz eingeladen werden. Die Anhörung findet in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. November 2011 statt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erweiterung der Homepage um ein Bürgerinformationssystem

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 14. September 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er stellte klar, dass im Verlauf des Verfahrens zur Einführung des elektronischen Sitzungsdienstes von Anfang an klar gewesen sei, dass ein Bestandteil auch das Bürgerinformationssystem ist. Es sei mehrfach ganz klar kommuniziert worden, dass die einzelnen Schritte nacheinander abgearbeitet werden und die Einführung des Bürgerinformationssystems an die neue Homepage der Stadt gebunden sei. Mittlerweile seien die Arbeiten zur Einrichtung des Bürgerinformationssystems weitgehend abgeschlossen, so dass die Freischaltung nun zeitnah erfolgen werde. Es überrasche ihn schon, dass der Antrag ausgerechnet von der UBFL komme, die bisher immer vehement gegen die Umstellung auf den elektronischen Sitzungsdienst argumentiert und dies als undemokratisch und eine Form von Diktatur bezeichnet habe. Man brauche diesen Antrag nicht.

Ratsmitglied Marquardt begründete den Antrag. Er habe heute auf der Internetseite nachgeschaut, dort sei die Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung nicht hinterlegt. Man werde auf diesem Gebiet keine Pioniere sein, denn viele andere Städte würden dies bereits praktizieren.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Antrag vollkommen unnötig sei, weil die Verwaltung längst daran arbeite. Zudem stimme auch die Behauptung nicht, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht veröffentlicht sei. Diese sei sehr wohl eingestellt.

Ratsmitglied Prokop widersprach ebenfalls der Behauptung, die Tagesordnung sei nicht im Internet nachlesbar. Er habe sich auch mal die Mühe gemacht, bei den im Antrag genannten Städten auf der Homepage nachzuschauen. Witten und Speyer würden bei weitem nicht so viel leisten, wie es in Landau vorgesehen sei.

Ratsmitglied Schröer hielt es für wichtig, dass Transparenz bei der Arbeit der Verwaltung und des Rates herrsche. Wenn dies so geplant sei, dann sei dies natürlich ein überflüssiger Antrag.

Frau Baumstark erläuterte, dass bereits mehrfach dargestellt worden sei, dass mit dem Bürgerinformationssystem alle Tagesordnungen, Beschlussvorlagen und Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte für die Bürgerinnen und Bürger abrufbar seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass man hierüber nicht abstimmen müsse, da dies alles bereits kurz vor der Freischaltung stehe.

Ratsmitglied Dr. Migl zog den Antrag daraufhin zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Willi Klag

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Willi Klag, Dorfstraße 5, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im gesellschaftlichen und sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Hans und Inge Blattmann

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht den Eheleuten Hans und Inge Blattmann, Löhlsstraße 27, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgerausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Herrn Wolfgang Harsch, Wegelnburgstraße 24, 76829 Landau in der Pfalz als Elternvertreter in den Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 1. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Mit diesem Nachtragshaushalt beziehe man sich auf die Änderungen zum Ursprungshaushalt. Nachträge seien Korrekturen im Jahresverlauf und keine politischen Neujustierungen. Die Erträge würden sich um 5 Millionen Euro erhöhen auf jetzt 99,4 Millionen Euro. Dies sei im wesentlichen auf die gute Konjunktorentwicklung zurückzuführen. Die Gewerbesteuer verzeichne ein deutliches Plus von 2,7 Millionen Euro, eine Steigerung von 22 %. Erhöhungen gebe es auch beim Anteil an der Einkommensteuer mit 800.000 Euro und bei den Schlüsselzuweisungen des Landes mit 744.000 Euro. Letzteres sei im wesentlichen der Zunahme an Erstwohnsitzen durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer geschuldet. Auch die Aufwendungen hätten sich um 1,08 Millionen Euro auf 118,9 Millionen Euro verändert. Insgesamt reduziere sich der Fehlbetrag um 4 Millionen Euro auf jetzt 19,5 Millionen Euro. Trotz der guten Konjunktur verbleibe ein dramatisch hohes laufendes Defizit im Ergebnishaushalt, man bleibe strukturell unterfinanziert. Die Reduzierung beim Gesamtkreditbedarf von 8,27 auf jetzt noch 4,18 Millionen Euro sei im wesentlichen der Ausgliederung der Finanzierung für das Gebäude 012 zum EWL, der veränderten Darstellung der Einzahlungen der Grundstücksverkäufe zur Sondertilgung des Gewerbegebietes D9 und der zeitlichen und finanziellen Anpassungen von Baumaßnahmen geschuldet. Dies gelte für die Verschiebung der Maßnahmen Untertorplatz, Südring, Bahnsteigerhöhung am Hauptbahnhof, Busbahnhof sowie der Park & Ride-Anlage.

Eine besondere Herausforderung sei die Situation der Sporthalle des Eduard-Spranger-Gymnasiums, die den Kreditbedarf um 300.000 Euro erhöht habe. Hinzu kämen noch die Dächer der Gymnastikhalle und des Schulgebäudes. Dies seien nochmals 550.000 Euro.

Im Hinblick auf die Haushaltsjahre 2012 und 2013 bestehe schon jetzt eine Kreditvorbelastung von rund 10 Millionen Euro. Da es eine Kreditobergrenze der Aufsichtsbehörde von 4 Millionen Euro gebe, warte noch einiges an Arbeit auf den Rat. Trotz einer Stellenmehrung von 5,52 Stellen im Nachtragsstellenplan betrage die Ausgabensteigerung in diesem Bereich weniger als 1 %. Alle zusätzlichen Stellen seien nachvollziehbar und ernsthaft geprüft worden.

Der Kommunale Entschuldungsfonds verlange von der Stadt ab 2012 einen Konsolidierungsbeitrag vom jährlich 1,2 Millionen Euro. Dies sei eine riesige Herausforderung vor der man stehe. Der Kommunale Entschuldungsfonds sei sicherlich hilfreich, um Altliquiditätskredite abzubauen, er löse aber in keinsten Weise die strukturelle Unterfinanzierung.

Der Stadtrat habe in den letzten Jahren die strategisch richtigen Entscheidungen getroffen. Man sei auf Sicht gefahren und habe den richtigen Kurs gehalten.

Er bitte um Zustimmung zu diesem 2. Nachtragshaushaltsplan.

Ratsmitglied Dr. Kopf brachte für die SPD-Fraktion seine Freude zum Ausdruck, dass in diesem Nachtragshaushalt Mehreinnahmen zu verzeichnen seien. Man freue sich auch, dass Investitionen zurückgefahren werden konnten und zum Teil auch mussten. Auch wenn das Defizit zurückgefahren werden konnte, habe man unter dem Strich immer noch weniger als man brauche. Wie alle anderen kreisfreien Städte sei man gebeutelt, die Gesamtverschuldung sei mittlerweile auf über 70 Millionen Euro angestiegen. Wie schon mehrfach erwähnt, sei das Eigenkapital der Stadt in wenigen Jahren aufgebraucht. Als Unternehmen müsste man dann Insolvenz anmelden. Daher sei das Gebot der Stunde, weiterhin zu sparen, auch wenn man trotz des Sparens keine Chance habe auf eine „Schwarze Null“ zu kommen. Selbst bei Streichung aller freiwilligen Leistungen hätte man keine Chance auf Null zu kommen. Trotz der schwierigen Lage hätten in den letzten Jahren immer wieder wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden können.

Die heutigen Ratsmitglieder seien durchaus in einer wichtigen Position. Wenn man es nicht schaffe, die Defizite abzubauen, dann zahle die nachfolgende Generation die Zeche.



Insgesamt stelle sich dieser Nachtragshaushalt besser dar, als ursprünglich befürchtet. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushaltsplan und dem Nachtragswirtschaftsplan des GML zu.

Ratsmitglied Morio stellte zunächst fest, dass die Beratung eines Nachtragshaushaltes kein Platz für grundsätzliche politische Debatten sei. Auf den ersten Blick liefere der Nachtragshaushalt ganz erfreuliche Zahlen. Allerdings sei die Absenkung des Jahresfehlbetrages auf 19,6 Millionen Euro im wesentlichen auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen. Dies verdanke man einer guten konjunkturellen Lage. Leider steige auch die Summe der Ausgaben um 1,2 Millionen Euro. Im Moment könne man keine Anstrengungen der Verwaltung erkennen, den Anstieg der Ausgaben zu stoppen. Natürlich seien die hohen Ausgaben ein strukturelles Problem der Städte und Gemeinden. Da man bei Bund und Land seit Jahren nicht weiterkomme, müsse man versuchen auf kommunaler Ebene den ständigen Anstieg der Ausgaben zu stoppen. Die Verringerungen des Kreditbedarfs im Investitionshaushalt um rund 2 Millionen Euro seien auch keine echten Einsparungen. Man verschiebe lediglich bereits beschlossene Investitionen in die Zukunft und schiebe sie als Bugwelle vor uns her. Dadurch werde sich der Gesamtkreditbedarf der Stadt in den kommenden Jahren drastisch erhöhen. Auch im Nachtragsstellenplan zeige sich, dass der Sparwille der Verwaltung nicht sehr ausgeprägt sei. Natürlich kenne man die Argumente der Verwaltung, mit der jede der 5,5 neuen Stellen begründet werde. Die Verwaltung sollte aber auch mal prüfen, ob das Mindestmaß an Aufgabenerfüllung nicht auch durch eine straffere Organisation und eine Aufgabenumverteilung mit weniger Personal erreicht werden könne.

Die Kassenkredite beliefen sich derzeit bei 75 Millionen Euro. Der Kommunale Entschuldungsfonds werde hier nur eine kurzfristige Entlastung bringen. Nach der 15-jährigen Konsolidierungsphase werden die Kassenkredite wieder den Stand von heute erreichen, wenn man nicht gegensteuere. Die Parole müsse daher lauten: Sparen, Sparen, Sparen !

Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Nachtragshaushaltsplan und dem Nachtragswirtschaftsplan des GML zustimmen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die positive Entwicklung zunächst natürlich ein Grund zur Freude sei. Dem sei aber nicht so. Nach wie vor schiebe man einen großen Berg an Investitionskrediten vor sich her. Die notwendigen Investitionen seien nur geparkt für die Folgejahre. Angesichts der herrschenden Finanzkrise sei dies keine gute Entwicklung.

Zum Kommunalen Entschuldungsfonds habe die Fraktion der Grünen die Einrichtung einer Lenkungsgruppe nach dem Vorbild der Stadt Worms beantragt. Diese Lenkungsgruppe sollte alle Positionen kritisch und vorbehaltlos auf den Prüfstand stellen und Einsparpotentiale aufzeigen. Man müsse an die Zukunft denken und ein Konzept erarbeiten, wie man künftig mit dem städtischen Haushalt umgehen wolle. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Volkhardt betonte, dass die Zukunft den Wachsenden gehöre. Der Grund für die wachsenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommensteuer sei aber die wachsende Konjunktur. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung seien aber eher ernüchternd, die Bäume würden nicht in den Himmel wachsen. Erfreulich sei die Verminderung des Kreditbedarfs. Dies relativiere sich aber, wenn man den Gesamtschuldenstand von mehr als 70 Millionen Euro dagegen setze. Alle Illusionen auf eine Besserung der Lage seien irrelevant. Der durch Schiebungen eingesparte Betrag werde den Rat bei den Beratungen zum Haushalt 2012 wieder einholen. Auf den Stellenplan werde die FWG künftig ihr Hauptaugenmerk legen. Dem Nachtragshaushaltsplan und dem Nachtragswirtschaftsplan werde die FWG-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass mit diesem Nachtragshaushaltsplan nur Zahlen angepasst würden. Die Anpassung trage der nötigen Transparenz im Haushaltsjahr Rechnung. Dies bedeute nicht, dass man sich zurücklehnen könne. Es liege viel Arbeit vor den Ratsmitgliedern, der Stadtrat habe einen steinigen Weg vor sich. Im Hinblick auf den kommunalen Entschuldungsfonds würden die kommenden Haushaltsberatungen nicht einfach werden. Man müsse sich klar machen, dass alle



freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand stünden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem vorliegenden Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl warnte davor, sich von der kurzfristigen Verbesserung der Einnahmen täuschen zu lassen. Auf der Ausgabenseite verschiebe man notwendige Maßnahmen wie die Bahnhofssanierung auf die Folgejahre. Wenn man wirklich sparen wolle, sollte man auch den Mut aufbringen, bereits beschlossene Maßnahmen nochmals zu überprüfen. Es stelle sich beispielsweise die Frage, ob man sich den Kreisel im Südring leisten könne. Nach ihrer Meinung überhebe sich Landau mit der Landesgartenschau. Trotz des Engagements des Landes verschlinge dies auch städtische Gelder. Die erhöhten Ausgaben für die Schulsanierungen trage man mit. Nicht einverstanden sei man aber mit dem Verkauf städtischer Immobilien. Durch diese Verkäufe werde das städtische Vermögen gemindert. Da man bereits dem Ursprungshaushalt auch aufgrund der Landesgartenschau abgelehnt habe, werde die UBFL-Stadtratsfraktion auch diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende dankte den Fraktionen für die Ausführungen. Die Bugwelle, die man vor sich her schiebe, sei ja mittlerweile Standard in den letzten Jahren. Bei den Investitionen handle es sich um dringend notwendige Maßnahmen in Schulen, Kindergärten und Straßen. Wenn man schonungslos an die Ausgaben herangehen wolle, dann dürfe man aber nicht immer wieder neue Projekte in die Diskussion bringen. Es sei recht einfach, in der Öffentlichkeit Muskeln zu zeigen. Viel schwieriger sei es, den dann kommenden Druck aus der Bevölkerung auszuhalten. An freiwilligen Aufgaben könne man vielleicht 3 Millionen Euro einsparen, wenn man den Zoo, das Haus der Jugend, die Volkshochschule schließe und das Kulturprogramm einstelle. Dann hätte man statt 20 Millionen nur noch 17 Millionen Euro Defizit. Allein die stetig steigenden Ausgaben im Bereich Jugend und Soziales um jährlich rund 900.000 Euro fresse das in 3 Jahren wieder auf. Er gebe nochmals zu bedenken, dass der Rat Teil der Verwaltung sei. Sämtliche Personalsteigerungen würden streng und nach hohen Maßstäben geprüft. Im Vergleich mit anderen Städten könne man sich beim Personal gut sehen lassen. Man gehe hier mit hohem Kostenbewusstsein ran. Er gestehe zu, dass die Verbesserungen im Nachtragshaushalt der guten Konjunktur geschuldet seien. Auch dies sei aber ein Verdienst der strategischen Entscheidungen im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier sei auch durch den Rat mit dem Gewerbegebiet D9 eine Entscheidung auf Sicht getroffen worden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im <u>Ergebnishaushalt</u>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	99.376.053,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>118.954.545,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 19.578.492,00 €
2. im <u>Finanzhaushalt</u>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	94.126.053,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>107.856.470,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 13.730.417,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	15.735.818,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>17.902.004,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 2.166.186,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	18.427.603,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>2.531.000,00 €</u>



Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	15.896.603,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	128.289.474,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>128.289.474,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 0,00 €
3. Verpflichtungsermächtigungen	12.931.995,00 €
4. über den Nachtragsstellenplan	
5. Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung	
im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	215.949,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>298.300,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-82.351,00 €
im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	215.949,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>267.800,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 51.851,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	671.236,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>25.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	646.236,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	887.185,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>292.800,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	594.385,00 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)

1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2011

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 17. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2011 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:

Erträge	11.541.616,00 EURO
Aufwendungen	12.952.117,00 EURO
Differenz:	-1.410.501,00 EURO

Vermögensplan:

Einnahmen	7.783.001,00 EURO
Ausgaben	7.783.001,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2011 wird festgesetzt auf 2.018.750,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

Für den Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2014 werden keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über Abrechnungszeitraum und Fälligkeit öffentlicher Abgaben

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 11. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über Abrechnungszeitraum und Fälligkeit öffentlicher Abgaben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem EWL über die Durchführung von Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 30. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die in Anlage beigefügte „Zweckvereinbarung über die Durchführung von Verfahren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL), Anstalt des öffentlichen Rechts, nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten durch die Stadt Landau in der Pfalz“ nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, mögliche noch von der Genehmigungsbehörde ADD geforderte redaktionelle Änderungen umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

**Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem EWL über die Durchführung von
Widerspruchsverfahren**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 30. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die in Anlage beigelegte „Zweckvereinbarung über die Durchführung der
Widerspruchsverfahren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL), Anstalt des
öffentlichen Rechts, durch die Stadt Landau in der Pfalz“ nach der Genehmigung durch die
Aufsichtsbehörde abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, mögliche noch von der
Genehmigungsbehörde ADD geforderte redaktionelle Änderungen umzusetzen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Gehwege,
Straßenoberflächenentwässerung und Straßenbeleuchtung im Bereich der
Verkehrsanlage Rheinstraße / Marienring / Schloßstraße in Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Gehwege, Straßenbeleuchtung, Straßenoberflächenentwässerung sind als beitragspflichtige Teileinrichtungen der Verkehrsanlage Rheinstraße / Marienring / Schloßstraße abzurechnen. Die Verkehrsanlage ist in beiliegendem Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Bereich der Verkehrsanlage Staubgasse im Stadtteil Arzheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies darauf hin, dass der Ortsbeirat Arzheim der Vorlage zugestimmt habe mit der Maßgabe, den Anteil der Stadt Landau mit 35 bis 45 % festzusetzen. Dem könne man im Zuge der Gleichbehandlung nicht entsprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Straßenbeleuchtung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung der Verkehrsanlage Staubgasse abzurechnen.
Die Verkehrsanlage ist in beiliegendem Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der
Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Mörzheimer
Hauptstraße / Heuchelheimer Straße (L 510)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 31. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wies darauf hin, dass der Ortsbeirat Mörzheim der Vorlage zugestimmt habe mit der Maßgabe, den Anteil der Stadt Landau mit 35 bis 45 % festzusetzen. Dem könne man im Zuge der Gleichbehandlung nicht entsprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung der Verkehrsanlage Mörzheimer Hauptstraße / Heuchelheimer Straße (L 510) abzurechnen. Die Verkehrsanlage ist im beiliegenden Lageplan dargestellt.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Umbau der Anschlussstelle A65 Landau-Mitte, Kreisel-West und Herstellung einer neuen Verbindungsstraße zur Otto-Hahn-Straße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Scheid wollte wissen, wie das Gebiet der Flurbereinigung umgrenzt sei und ob die Eigentümer der Grundstücke an der Flurbereinigung teilnehmen müssen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es keine Möglichkeit gebe, nicht an der Flurbereinigung teilzunehmen. Der Rat beschliesse es und verpflichte damit die Eigentümer an der Flurbereinigung teilzunehmen.

Herr Bernhard ergänzte, dass das Gebiet der Flurbereinigung im wesentlichen identisch sei mit dem Bebauungsplan.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass dieser Umbau der Anschlussstelle A 65 Landau-Mitte aus Sicht der UBFL-Stadtratsfraktion nur Sinn mache für 6 Monate Landesgartenschau. Mit der neuen Verbindungsstraße zur Otto-Hahn-Straße erzeuge man zusätzlichen Lärm für die Anwohner. Zudem seien die Verkehrsprobleme, die man auf der L 509 mit Rückstaus habe, damit nicht gelöst. Der Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur zur Trennung der Verkehrsströme sei für ihn wesentlich sinnvoller und kostengünstiger. Zudem würde man nicht wertvolles Ackerland verbrauchen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Ellinghaus erinnerte daran, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gegen diesen Kreisel sei. In der Konsequenz werde man daher auch diesem Flurbereinigungsverfahren nicht zustimmen.

Der Vorsitzende verwahrte sich dagegen, den Leuten Unwahrheiten zu erzählen. Der Kreisel werde nicht wegen der Landesgartenschau gemacht, sondern weil es seit vielen Jahren einen Unfallschwerpunkt auf der A 65 gebe. Richtig sei, dass man die Maßnahme wegen der Landesgartenschau schneller umsetzen könne. Es sei auch falsch, dass mehr Lärm entstehe. Objektiv werde es im Gegenteil weniger Lärm geben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

Die Stadt beantragt beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Neustadt für den Bereich der Umbaumaßnahme A65 Landau-Mitte, Kreisel-West und für den Bereich der künftigen Straßenanbindung an die bestehende Otto-Hahn-Straße die Durchführung einer Flurbereinigung. Um das Flurbereinigungsverfahren zu beschleunigen und damit möglichst frühzeitig mit der Baumaßnahme begonnen werden kann, soll der Antrag bereits vor Rechtskraft des Bebauungsplanes gestellt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Einführung des Mieter-Vermieter-Verhältnisses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 29. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass es schon in der Vergangenheit möglich gewesen sei, Kostentransparenz herzustellen. Sicherlich gebe es immer Verbesserungsmöglichkeiten, jedoch brauche man dieses Mieter-Vermieter-Verhältnis nicht. Die Gebäude gehören der Stadt, seien also Gemeinwohl.

Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schröer widersprach den Ausführungen von Dr. Migl. Die Gebäude würden beim GML in der Bilanz stehen. Dies müsse in der kommunalen Doppik ganz klar dargestellt werden. Daher sei es wichtig, diese Transparenz mit dem Mieter-Vermieter-Verhältnis herzustellen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Der Stadtrat stimmt der Einführung des Mieter-Vermieter-Verhältnisses nach den Regelungen der beigefügten Rahmenvereinbarung zwischen den Ämtern und Abteilungen der Stadtverwaltung und dem Gebäudemanagement Landau zum 1. Januar 2012 zu.**
- 2. Das Gebäudemanagement Landau wird beauftragt, mit den einzelnen Verwaltungseinheiten Nutzungsvereinbarungen über die benötigten Gebäude und Räume abzuschließen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Tiefgarage unter dem Quartiersplatz im Wohnpark Ebenberg

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 8. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei keine leichte Diskussion angesichts der Kostenschätzung von 4,1 Millionen Euro. Der Stadtvorstand tue sich mit diesen Kosten schwer, zumal die Kosten pro Stellplatz bei über 20.000 Euro liegen. Wenn man bedenke, dass man 44 öffentliche Stellplätze schaffen wolle sei dies eine schwierige Situation. Geschuldet sei dies dem Konzept eines weitgehend „autofreien“ Wohngebietes. Er bitte darum, heute einen Vorratsbeschluss zu fassen und der Verwaltung Vertrauen zu schenken. Die Verwaltung müsse hier noch nachbessern, man müsse noch weiter runter mit den Kosten. Das werde mit diesen Kosten so nicht gehen. Am 2. November fänden Gespräche mit eventuellen Investoren statt.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass sich die SPD-Stadtratsfraktion mit einer Entscheidung schwer tue. Man wolle nach Möglichkeit ein autoarmes Wohnquartier haben. Das Wohnquartier solle ansprechend sein und neue Bürger nach Landau ziehen. Vor allem müsse das Parkplatzangebot in der Südstadt auskömmlich sein. Er gebe zu Protokoll, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimme unter dem Vorbehalt, dass der vorgelegte Entwurf Grundlage für die weitere Entwicklung ist.

Man habe bei der Entwicklung dieses Gebietes einen sehr hohen Zeitdruck. Es müssten aber immer wieder auch Feinjustierungen vorgenommen werden. Vor allem müssten die Kosten pro Stellplatz von 22.500 Euro abgesenkt werden. Die zukünftigen Bürger sollen die Stellplätze mitbezahlen. Deshalb dürften die Wohneinheiten nicht wegen der Stellplätze zu teuer werden. Das Ziel eines autoarmen Quartiers sei die richtige Richtung, aber der Entwurf müsse fortentwickelt werden. Dies sei für die SPD nicht in Stein gegossen.

Unter den hier vorgetragenen Prämissen könne die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lerch teilte mit, dass sich auch die CDU-Stadtratsfraktion mit der Vorlage schwer getan habe. Fakt sei, dass gegenüber den ursprünglichen Berechnungen 600.000 Euro mehr herausgekommen seien. Der Preis von 22.500 Euro für einen Tiefgaragenstellplatz scheine nicht marktgerecht zu sein. Der Markt werde hier seine eigene Sprache sprechen. Man nehme der Verwaltung das Versprechen ab, die Kosten zu senken. Im Zusammenhang mit der Landesgartenschau sehe man hier schon die Dringlichkeit. Daher sehe man die Möglichkeit, den Punkten 1 bis 4 der Sitzungsvorlage zuzustimmen. Beim Punkt 5 habe man allerdings grundsätzliche Bedenken. Die CDU habe bereits im Februar 2011 ein Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Südstadt beantragt. Dieses liege allerdings noch nicht vor. Im Arbeitskreis Verkehr sei dargelegt worden, dass jedes Gebiet für sich geregelt werden müsse. Jetzt stelle man Kopplungen mit einem Konzept her, dass noch gar nicht vorliege. Daher könne man diesem Punkt 5 nicht zustimmen. Er bitte um getrennte Abstimmung, sonst hätte man insgesamt Bedenken.

Ratsmitglied Ellinghaus machte deutlich, dass für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Schmerzgrenze überschritten sei. Das Konzept für das Wohngebiet sei gut, jedoch habe man bei der Tiefgarage schon manche Kröte geschluckt. Vieles sei hier nicht optimal und schön. Die jetzt vorgesehene Entlüftung sei eine klassische Kostenfalle mit Folgekosten. Dies wolle man nicht mehr. Bei 22.500 Euro für einen Stellplatz sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr gegeben. Er sei verwundert, dass die Verwaltung heute einen Vorratsbeschluss wolle. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gehe diesen Weg nicht mehr mit und lehne die Sitzungsvorlage daher ab.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass sich dieser Bereich nicht von der Südstadt abkoppeln lasse. Das Problem mit den Parkplätzen in der Südstadt werde immer gravierender. Man sehe schon den zeitlichen Zwang, allerdings scheinen die Kosten aus dem Ruder zu laufen. Das Konzept sei ja grundsätzlich in Ordnung, aber man müsse die Kosten bei der Tiefgarage in den Griff bekommen. Autoarmes Wohngebiet heiße ja nicht autofrei. Wenn es gelingen würde, am Rande ein paar



Parkplätze zu schaffen, dann könnte man die Tiefgarage vielleicht eine Nummer kleiner gestalten und damit Kosten sparen.

Ratsmitglied Silbernagel stand der Sitzungsvorlage kritisch gegenüber. Gott sei Dank habe die Verwaltung hier noch einmal die Kurve bekommen und die Sitzungsvorlage als Vorratsbeschluss eingebracht. Es müsse ja weiter geplant werden, mit dem Ziel, mit bezahlbaren Grundstücken in den Wettbewerb zu gehen. Ein Stellplatz für 22.500 Euro sei überteuert. Er hoffe, dass die Verwaltung Wort halte und Kosten reduzieren wolle. Durch die Abspeckung des Wohngebietes verringere sich auch der Zugangsverkehr. Die Planung sollte weitergehen und dabei die Kosten kritisch beleuchtet werden. Unter dieser Voraussetzung stimme die FDP-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte daran, dass die Kosten für die Tiefgarage ursprünglich auf 3,5 Millionen Euro geschätzt waren. Inzwischen hätten sich die Kosten um 600.000 Euro erhöht. Diese Tiefgarage komme nur relativ wenigen Bürgern zugute, aber alle Bürger müssten direkt oder indirekt die Kosten tragen. Dieses Geld würde man besser in Schulen, Turnhallen und Bildung investieren. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage nicht zu.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es sich hier um ein abgeschlossenes Gebiet handle. In diesem Gebiet müsse man das Parkplatzgebot befriedigen. Wenn man ein autoarmes Gebiet wolle, gehe dies nicht ohne die Tiefgarage. Man werde in zeitlicher Nähe nun Gespräche mit den Investoren führen, denn es wäre natürlich besser, wenn es ein privater Investor machen würde. Er bitte deshalb noch mal darum, dass der Rat diesen Vorratsbeschluss fasse.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte zur Geschäftsordnung, dass über diese Vorlage nicht abgestimmt wird. Die Redebeiträge würden derart von der Vorlage abweichen, dass hier keine Transparenz gegeben sei. Durch einen Vorratsbeschluss würden Fakten gesetzt, obwohl es sich um eine unklare Sache handle.

Ratsmitglied Eichhorn bat darum, im Zuge der Diskussion um ein Parkraumbewirtschaftungskonzept noch einmal den Begriff „Autoarm“ zu definieren. Wenn dies bedeuten würde, dass Parkplatzangebot in diesem Gebiet zu befriedigen, dann könne er damit konform gehen. Autoarm dürfe nicht bedeuten, dass damit ein Verdrängungsprozess in die Südstadt hinein einsetze. Diese Diskussion müsse man nochmals führen.

Ratsmitglied Dr. Kopf widersprach den Ausführungen von Herrn Marquardt. Nichts zu machen, damit nichts passiert, sei der falsche Weg. Landau wachse, da man einen Wachstumsüberschuss habe. Daher müsse man an der richtigen Stelle auch investieren. Hierzu würden nun mal auch Stellplätze gehören. Er rege aber an, seitens der Verwaltung die Ziffer 5 zurückzuziehen und später noch mal zu diskutieren. Seiner Meinung nach sei dies nicht wesensnotwendig, dies jetzt so zu beschließen. Autoarm heiße für ihn, es dürfe nicht autolastig sein. Es würden ja Leute dahin ziehen, weil sie dieses Konzept überzeuge. Hinzu komme der geplante Bahnhofpunkt am Vinzentius-Krankenhaus, der in zumutbarer Entfernung zum Wohnpark Am Ebenberg liegen werde.

Ratsmitglied Heuberger unterstützte den Vorschlag von Herrn Dr. Kopf, die Ziffer 5 zurückzuziehen. Den übrigen Punkten könne man zustimmen. Man habe für die Südstadt ein Parkraumkonzept angefordert und kein Parkraumbewirtschaftungskonzept. Dies sei ein Unterschied. Es bestehe die dringende Notwendigkeit ein solches Parkraumkonzept zu bekommen, um zu sehen wie die Verwaltung den Bedarf einschätze.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass wiederholt klar gestellt worden sei, dass der Wohnpark Am Ebenberg keinen Stellplatzbedarf in der Südstadt auslöse. Man müsse innerhalb des Wohnparks den Parkraum anbieten. Gleichwohl müsse die Südstadt in ein gemeinsames Parkraumbewirtschaftungskonzept eingebunden werden. Er nehme aber zur Kenntnis, dass sich die Fraktionen aus den unterschiedlichsten Gründen mit einem Vorratsbeschluss schwer tun. **Daher ziehe er die Vorlage für heute zurück.** Dies sei aufgrund der



zeitlichen Nähe zu den Investorengesprächen vertretbar. Es gebe dabei vielleicht die Möglichkeit, es außerhalb der städtischen Mittel zu realisieren. Ansonsten müsse man ohnehin noch mal neu reden. Die Vorlage komme dann direkt in die Stadtratsitzung am 8. November 2011.

Ratsmitglied Volkhardt bat darum, bis zur Stadtratsitzung am 8. November einen Gesamtplan mit allen Parkplätzen in der Stadt zu erhalten.

Der Vorsitzende sicherte dies zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messegelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 25. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Diskutiert worden seien zwei Alternativen. Letztlich habe man sich für den Entwurf der architektonisch interessanteren Holzbrücke entschieden. Der Entwurf konnte unter dem Sparzwang modifiziert und auf 1,24 Millionen Euro reduziert werden.

Herr Bernhard ergänzte, dass man die Rampenlänge deutlich reduziert habe. Der modifizierte Entwurf sehe auch nur noch die Tragwerke in Holz vor. Damit könne man die Brücke für 1,2 Millionen Euro bauen.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass die Brücke zweifellos gebraucht werde und der Entwurf auch richtig schön sei. Schönheit habe aber ihren Preis und der Preis sei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier zu hoch. Die Brücke wäre auch für die Hälfte der Kosten zu machen, allerdings sicherlich nicht in Holz. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt sei dies in dieser Variante eigentlich nicht zu verantworten. Er bitte dringend darum, eine Alternativvariante in einfacher Betonbauweise zu prüfen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme dieser Sitzungsvorlage nicht zu.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass 1,7 Millionen Euro für ein halbes Jahr Landesgartenschau zu viel seien. In der Folge seien auch die Unterhaltskosten für zwei Brückenbauwerke nicht mehr vertretbar. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Herr Bernhard stellte klar, dass eine der vier eingereichten Varianten eine Brücke in Betonfertigbauweise gewesen sei. Die Kosten seien genauso hoch gewesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

- 1. Dem Neubau der Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen „Gewerbepark Am Messegelände“ und „Wohnpark Am Ebenberg“ gemäß dem überarbeiteten Brückenentwurf des Ingenieurbüros Obermeyer Planen und Beraten GmbH und dem Architekten „Fresh Ideas“ (Anlage 1 bis 3) wird vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung zur Förderung durch das Land zugestimmt.**
- 2. Die Projektteilung Landesgartenschau wird beauftragt, die Maßnahme unter Einhaltung der Kostenobergrenze von 1,7 Mio. € brutto umzusetzen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass die nächste Sitzung des Verwaltungsrates EWL am 20. Oktober 2011 ausfalle.

Zur Landesgartenschau werde er die wichtigen Informationen zusammen mit dem nächsten Controllingbericht geben.

Zum Sachstand Sporthalle sei der öffentlichen Diskussion nichts hinzuzufügen. Das Gebäudemanagement arbeite momentan mit Hochdruck an einen Konzept, derzeit mit Schwerpunkt temporäre Nutzung. Nach derzeitigem Stand seien die Kosten für die Nutzbarmachung der Rundsporthalle mit rund 250.000 Euro veranschlagt. Dies gebe dann 2 Jahre Aufschub. Alle Ergebnisse der Untersuchungen und die Möglichkeiten werde man mit der Arbeitsgruppe Sport am 12. Oktober 2011 um 17.00 Uhr erörtern. Er stelle aber fest, dass diese Arbeitsgruppe kein Entscheidungsgremium, sondern nur beratend eingerichtet sei.

Der Vorsitzende ging dann auf die anhaltenden Fassadenschmierereien ein. Mittlerweile würden alle möglichen Gebäude und sogar Kunstwerke mit „Nazi-City“ beschmiert. Es sei unerträglich, dass eine Stadt von einem einzelnen in dieser Weise terrorisiert werde und sich scheinbar nicht wehren könne. Als Stadtverwaltung könne man nur die Schmierereien schnellstmöglich entfernen. Hier sei das Gericht gefordert, denn es handle sich um einen Serientäter. Der Rechtsstaat müsse hier antworten, denn es gelte das Gewaltmonopol des Staates.

Ratsmitglied Dr. Migl gab zu bedenken, dass man ja nicht das Gericht ersetzen könne. Man müsse respektieren, dass das Gericht seine Arbeit gründlich machen wolle. Die Regularien könne man nicht einfach außer Kraft setzen.

Ratsmitglied Scheid fragte an, ob es möglich sei eine schriftliche Zusammenstellung der Regelungen des § 22 GemO zu erhalten, da es im Ortsbeirat Queichheim gerade im Zusammenhang mit der Befangenheit Probleme gegeben habe.

Ratsmitglied Doll entgegnete, dass dies eigentlich nicht strittig gewesen sei. Der erste Beschluss sei unwirksam und durch den Oberbürgermeister aufgehoben worden. Deshalb sei der Beschluss unter Ausschluss des befangenen Ortsbeiratsmitglieds wiederholt worden. Darauf habe er zu Beginn der Sitzung hingewiesen.

Ratsmitglied Dr. Migl monierte, dass die Bürgerversammlung zur Erschließung der östlichen Südstadt am 28. September bisher noch nicht in der Presse veröffentlicht sei.

Ratsmitglied Eisold erkundigte sich nach den Ergebnissen der gemeinsamen Sitzung des Stadtvorstandes mit dem Kreisvorstand, insbesondere nach der Frage der Zusammenarbeit der Stadt mit dem Kreis.

Der Vorsitzende informierte, dass drei Entscheidungen zur Zusammenarbeit vorbereitet worden seien. Die Zweckvereinbarungen seien in Vorbereitung und würden im November im Stadtrat vorgelegt. Gesprochen worden sei über das Thema Verbraucherzentrale und über die Konzepte der Schulsozialarbeit. Schließlich sei es noch um die einheitliche Behördennummer der Metropolregion Rhein-Neckar gegangen, weiter über den Kommunalen Entschuldungsfonds und über den Einheitlichen Regionalplan im Hinblick auf neue Standorte für Windkraftanlagen. Andiskutiert habe man noch die Frage der Übernahme der Innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung durch den Landkreis.

Ratsmitglied Lerch wollte ergänzend wissen, ob der Oberbürgermeister mit dem Landkreis über dessen Beteiligung an den Schulsanierungen der Stadt gesprochen habe.



Der Vorsitzende entgegnete, dass man offiziell nicht geredet habe. Der Kreis werde das übernehmen, was Pflicht ist, aber nicht mehr.

Ratsmitglied Brunner fragte nach dem Schild in der Annweiler Straße zur Sperrung der Gleisquerung.

Herr Bernhard erläuterte, dass die Bahn die Queichtalstrecke saniere. Hierfür müssten nacheinander die drei Bahnübergänge vollgesperrt werden.

Ratsmitglied Ludwig regte an, die Einbahnstraßenregelung in der Glacisstraße für die Dauer der Straßenbaumaßnahmen in der Südstadt aufzuheben.

Der Vorsitzende sicherte eine schriftliche Antwort zu.



Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 27.09.2011 umfasst 27 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 208.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete